

SED reorganisiert die „Rote Hilfe“ „Volkssolidarität“ wird zu politischen Zwecken mißbraucht

Als die sowjetzonale „Volkssolidarität“ kürzlich ihren neunten Jahrestag beging, mag sich mancher gewundert haben, warum dies in einem Staatsakt unter Anwesenheit leitender Mitglieder des SED-Zentralkomitees und der Pankower Regierung geschah. Das wird jedoch erklärlich, wenn man die heutigen Aufgaben jener im Oktober 1945 von allen Parteien und den Gewerkschaften gebildeten Wohlfahrtsorganisation kennt. Nicht zugunsten der Notleidenden, der Alten und Sozialrentner haben die SED-Vertreter auf jenem Staatsakt gesprochen, sondern für das längst vorbereitete Wiederaufstehen der „Roten Hilfe“, der bis 1933 die Betreuung aller Kommunisten oblag, die mit dem damaligen Staat in Konflikt gekommen waren.

Als „Hilfsorganisation für Friedenskämpfer“ versorgt die „Volkssolidarität“ die westdeutschen Kommunisten und illegalen FDJler aus dem größten sowjetzonalen Sozialfonds, der für die wirklich Bedürftigen der Sowjetzone im wesentlichen verschlossen bleibt.

Die „Volkssolidarität“ hat sich nur in den ersten anderthalb Jahren ihres Bestehens voll karitativen Zwecken widmen können. Bereits 1947 wurde sie zu einer Parteiinstitution, aus der die VVN, die KPD und sogar die SED den Rahm abschöpfen konnten.

In diesen Tagen erließen FDGB und Volkssolidarität einen Appell an sowjetzonale Großbetriebe, nach Möglichkeit auch den wegen hohen Alters aus der Produktion ausgeschiedenen Arbeitern, die in materielle Schwierigkeiten gerieten, gelegentlich Ferienplätze oder Einladungen zu Betriebsfesten zukommen zu lassen. Die Betriebe haben dazu meist gar keine Möglichkeit. Warum sorgt hier nicht die Volkssolidarität für Abhilfe, die in den herrlichsten Gegenden der Zone doch über einige Dutzend Heime verfügt?

In der Sowjetzone gebe es keine Not, sagt die Volkssolidarität. Um so schlimmer gehe es den Friedenskämpfern im

Westen. Für die müßten Heime und Liebesgabenpakete zur Verfügung gestellt werden. Und wie die großen Kommunisten aus aller Herren Länder im Urlaub an das Schwarze Meer zu reisen pflegen, so fahren die kleinen Kommunisten der Bundesrepublik alljährlich in die Heime und Vertragsheime der Volkssolidarität. Von Geldern, für die andere kleine Kommunisten in der Zone von Haus zu Haus sammeln gingen. Von Geldern, die Hausfrauen gaben mit dem Gefühl: „Dafür kann ich es ja geben, wenigstens einmal Geld für einen unpolitischen Zweck!“

Propaganda geht vor

Auf diese Unkenntnis spekulieren die Hintermänner der angeblichen Wohlfahrtsorganisation. Bei demonstrativen Gelegenheiten wie der letzten Hochwasserkatastrophe treten sie dann doppelt laut hervor. Aber auch hier ging die Sucht, Propaganda zu machen, über den Willen zu echter Hilfe: Während die sächsische Volkssolidarität nicht imstande war die größte Not zu lindern, weil sie einfach keine dafür geeigneten Mittel besaß, ließ die Ostberliner Zentrale Spenden sammeln für die ebenfalls vom Hochwasser betroffene bayerische Bevölkerung.

Wochenlang lagen dann diese Sachen, die man in den Betrieben und Hausgemeinschaften gesammelt hatte, in zwei Ostberliner Lagern herum. Die bayerische Landesregierung bat die Volkssolidarität in guter Kenntnis der tatsächlichen Lage, diese Spenden doch erst einmal an die sächsische Bevölkerung zu verteilen.

Kleiderspende zur Wahl

Die Ostberliner Zentrale der „Volkssolidarität“ hat diese Spenden nicht für die sächsischen Bezirke freigegeben. Sie lagen in Ostberlin und wurden merklich weniger. Allein drei Waggons kassierten Beauftragte der nordrhein-westfälischen KPD. Von den besten Sachen wurden in der Zone zur Erholung weidende Kinder westdeutscher KP-Funktionäre eingekleidet. Erst als die kommunistische Wahlpropaganda in Ostberlin auf Schwierigkeiten bei den alten Rentnern stieß, wurde der ganze Restbestand jener „Bayernspende“ plötzlich zur Verteilung an die Ostberliner Rentner freigegeben.

Seit zwei Monaten werden KPD-Funktionäre und SED-Leute, die früher in der „Roten Hilfe“ tätig waren, in die Leitungen der „Volkssolidarität“ eingebaut. Vorsitzender ist Ottomar Geschke, ehemaliger VVN-Chef und in der „Roten Hilfe“ nicht unbekannt. Die unpolitischen Aufgaben wurden zum gleichen Zeitpunkt endgültig der Sozialfürsorge übertragen. Die Volkssolidarität soll endgültig zur Hilfs- und Finanzierungsorganisation für die Kommunisten Westberlins und der Bundesrepublik ausgebaut werden.

Osthandel enttäuscht

Seit fast einem Jahr wird der Westen von den Ländern des Sowjetblocks ständig zu einem verstärkten Handelsverkehr mit ihnen aufgefordert. Man hörte von pompösen Ausstellungen, von zahlreichen Handelsabkommen, von Moskau-Besuchen und reisenden Delegationen. Von der Möglichkeit zusätzlicher Milliardenumsätze mit den Sowjetstaaten war dabei oft die Rede.

Die Staaten des Westens haben diese Sowjetbemühungen keineswegs abgewiesen; sogar die Embargobestimmungen für strategische Waren wurden in gemeinsamer Verständigung mit den USA gelockert, und etwaige Aufträge der Sowjetstaaten wurden mit Interesse entgegen genommen. Von vornherein gaben sich jedoch die westlichen Staaten keinen Illusionen hin. Immer wieder wurde auf die große Schwäche der Sowjetländer hingewiesen, die in ihrer beschränkten Lieferfähigkeit besteht.

Schlechtes Ergebnis

Was ist bis jetzt nach so viel Anstrengungen eigentlich herausgekommen? Die Europäische Wirtschaftskommission der UN (ECE) hat die Ergebnisse genau ermittelt. Im ersten Halbjahr 1954 haben danach die Sowjetstaaten aus den westeuropäischen Ländern für rund zwei Milliarden DM Waren bezogen, darunter aus Westdeutschland allerdings nur für 143 Mill. DM. Gegenüber der gleichen Zeit 1953 waren die westeuropäischen Exporte nach dem Sowjetblock in der Tat um 43 Prozent höher, die westdeutschen Exporte um 14 Prozent. Im Vergleich zur zweiten Jahreshälfte 1953 hat sich aber nur sehr wenig geändert; bei der westeuropäischen Ausfuhr nach den Sowjetstaaten ergab sich nur eine Steigerung um fünf Prozent. Der deutsche Export stieg in der gleichen Zeit um 13 Prozent.

Keine Gegenwerte

Als schwacher Punkt erwiesen sich nämlich, wie vorauszusehen war, die Gegenlieferungen der Sowjetstaaten. Nur für rund

1,85 Milliarden D-Mark vermochten sie im ersten Halbjahr 1954 Waren nach Westeuropa zu exportieren, obwohl sie für etwa zwei Milliarden DM kauften.

Das bedeutet gegenüber dem ersten Halbjahr 1953 zwar noch eine Steigerung um 14 Prozent, gegenüber dem zweiten Halbjahr 1953 aber einen Rückgang von 16 Prozent. Die wiederholt versicherte Bereitschaft der Sowjetstaaten, vom Westen künftig mehr kaufen zu wollen, nützt aber auf die Dauer nichts, selbst wenn sie ehrlich gemeint sein sollte, solange es den Sowjetstaaten nicht gelingt, mit entsprechenden Gegenwerten zu bezahlen.

Nur eine Kleinigkeit

Für manche Betriebe in Europa mögen sich die bisherigen Aufträge aus dem Sowjetblock soweit gelohnt haben, um die Spesen für die Moskau-Reisen zu decken. In seiner Größenordnung ist der Osthandel jedoch, im Vergleich zum europäischen Gesamtmarkt, nur eine Kleinigkeit.

Die Länder der Europäischen Zahlungs-Union (EZU) exportierten in der ersten Jahreshälfte 1954 Waren im Betrag von über 80 Milliarden DM. Der westliche Weltmarkt (nur Ausfuhr) hatte im zweiten

Quartal des laufenden Jahres schon wieder eine Jahresrate von 325 Milliarden DM erreicht, das heißt, rund 16 Milliarden D-Mark mehr als im Jahre 1953. Auch der Export der Bundesrepublik wird in diesem Jahre die 20-Milliarden-Grenze überschreiten.

Gegenüber solchen Riesensummen des westlichen Außenhandels fallen die zwei Milliarden europäischer Exporte nach den Sowjetstaaten nur wenig ins Gewicht. Daran werden die Sowjets nichts ändern können, solange es ihnen nicht gelingt, mehr Waren zu produzieren, die für die westlichen Märkte geeignet sind. Der 16prozentige Ausfuhrückgang der Sowjetstaaten in einer Zeit, in der sie alle Propagandatrommeln rührten, um mit dem Westen zu intensiveren Handelsbeziehungen zu kommen, beweist, daß man die realen Möglichkeiten des Osthandels nicht überschätzen darf.

Handelsverkehr ist immer eine Zweibahnstraße. Wer kaufen will, muß auch entsprechend attraktive Waren anbieten haben. Das scheint aber in den Sowjetstaaten nach den bisherigen Erfahrungen der eigentliche Engpaß zu sein, der bei allem guten Willen den Möglichkeiten des Osthandels doch sehr enge Grenzen setzt.

Die Zwischenwahl in USA

Sehr voreilig haben einige Beobachter von einer „Niederlage Eisenhowers“ bei den amerikanischen Wahlen gesprochen. Anfangs sah es zwar so aus, aber die letzten Ergebnisse der Stimmzählungen haben dann Klarheit darüber ergeben, daß die Demokraten zwar Erfolge erringen konnten, vor allem im Repräsentantenhaus, doch der von ihnen erwartete größere Sieg blieb aus.

Damit könnte man dieses Thema abschließen. Es hat sich jedoch gezeigt, daß sich die ganze Welt für die „Zwischenwahlen“ zum USA-Kongreß auf das lebhafteste interessiert. Um so erstaunlicher ist das, als die Zwischenwahlen 1. nichts an der überragenden, politisch bestimmenden Stellung des Präsidenten ändern, 2. die beiden Parteien durchaus keine Gegensätze

sind, wie beispielsweise die Regierungs- und Oppositionsparteien in europäischen Ländern, und 3. die Außenpolitik in weitgehender Übereinstimmung geführt wird.

Die Politik der USA ist also, gemessen an europäischen Verhältnissen, weitgehend konstant, was fraglos einen eminenten Vorteil für das Land bedeutet, wie überhaupt die Klugheit der „alten Amerikaner“ Bewunderung verdient, die eine solche Verfassung ersonnen haben. Nur in den Nuancen ist also künftig mit Änderungen zu rechnen. Wenn die Welt trotzdem derart empfindlich auf diese Wahlen reagiert, so ist das ein Beweis für die überragende Bedeutung, die man überall der amerikanischen Politik für das Wohl und Wehe der Welt beimißt. (Siehe auch S. 4.)

Erst 1956 wieder evangelischer Kirchentag

Remagen (epd). Der nächste deutsche evangelische Kirchentag wird 1956 auf dem Boden der Bundesrepublik stattfinden. Das Jahr 1955 soll der Vertiefung und Verbreitung der Kirchentagsarbeit dienen. Diesen Beschluß gab Präsident D. Dr. v. Thadden auf einer Presse-tagung in Remagen bekannt.

Zu den Aufgaben des nächsten Jahres gehört auch die intensive Pflege der Gemeinschaft zwischen evangelischen Christen beiderseits der Zonen-grenze. Im Interesse dieses Dienstes, zu dem sich der Kirchentag besonders verpflichtet fühlt, wird D. Dr. v. Thadden gegebenenfalls mit den amtlichen Stellen in Bonn und Pankow notwendig werdende Verhandlungen führen.

Konstantin von Neurath freigelassen

Schnelle Heimreise nach Stuttgart

Berlin (AP/DPA). Der 81-jährige ehemalige Reichsaußenminister Konstantin Freiherr von Neurath ist am Sonnabend um 12 Uhr auf Grund eines Viermächte - Übereinkommens vorzeitig aus der Haftanstalt in Spandau entlassen worden. Er begab sich am Sonntag auf dem Luftwege über Frankfurt/Main nach seinem Wohnsitz, dem Gut Leinfelder Hof bei Stuttgart.

Zusammen mit seiner Tochter, Frau von Mackensen, stellte er sich am Sonnabend in seiner Pension am Kurfürstendamm für kurze Zeit der in- und ausländischen Presse. Trotz seiner schweren Erkrankung, die mit ausschlaggebend für seine Freilassung war, machte von Neurath einen verhältnismäßig frischen Eindruck. Seinen Blicken war allerdings die langjährige Häftlingszeit anzumerken. Frau von Mackensen erklärte, von Neurath wolle zurückgezogen auf seinem Gut leben, wo er auch geboren ist und seine Kindheit verbrachte, und habe nicht die Absicht, Memoiren zu schreiben.

Nachdem die Westmächte den Sowjets auf Anregung der Bundesregierung mehrfach und zuletzt auf der Berliner Konferenz vergeblich Haftverkürzung für den an schwerer Angina

Pankower Wahlbetrug entlarvt

Dokumentensammlung des Bundesministeriums

Berlin (DPA). Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen hat jetzt eine Dokumentensammlung veröffentlicht, die sich mit der Einheitslistenwahl für die neue Sowjetzonen-Volkammer am 17. Oktober befaßt. Darin wird nachgewiesen, daß das Wahlergebnis nur durch Terror, Beeinflussung und Behinderung der Wähler zustande gekommen ist.

Aus zahlreichen eidesstattlichen Erklärungen von Wählern und Mitgliedern der Wahlausschüsse in der Sowjetzone geht außerdem hervor, daß die Pankower Machthaber zu umfangreichen Wahlfälschungen Zuflucht nehmen mußten, um das annähernd hundertprozentige Ergebnis zu erzielen. Als

Beispiel hierfür wird der Wahlkreis StalinStadt bei Fürstenberg angeführt, wo unter 6753 abgegebenen Stimmen nicht eine einzige ungültige Stimme oder Gegenstimme gezählt worden sei.

Flucht an der Freiheitsschleuse

Brunsbüttelkoog (AP). Der 26jährige Schiffskoch Heinz Georg Schulz aus Rostock ist an der „Freiheitsschleuse“ des Nord-Ostsee-Kanals von dem sowjetzonalen Fischkutter „Stalingrad“ geflüchtet.

Der Flucht ging eine handgreifliche Auseinandersetzung mit dem politischen Kommissar an Bord des Schiffes voraus, der ihn zurückhalten wollte, aber mit einem Faustschlag von Schulz niedergestreckt wurde.

Flugreisen noch billiger?

Berlin (DPA). Über die Einrichtung eines noch mehr als bisher verbilligten Flugdienstes zwischen Berlin und Hannover werden zur Zeit Besprechungen mit dem alliierten zivilen Luftamt geführt.

In Sowjethaft gestorben

Berlin (AP). Der ehemalige Generalfeldmarschall Ewald von Kleist ist nach langwieriger Krankheit vor einigen Tagen im Alter von 73 Jahren in sowjetischer Haft verstorben, gab die sowjetzonale Nachrichtenagentur ADN bekannt. Es wurde weiter mitgeteilt, von Kleist habe an Arteriosklerose und Hypertonie gelitten.

Von Kleist war bei Kriegsende in jugoslawische Gefangenschaft geraten und später an die Sowjetunion ausgeliefert worden. Dort sei er wegen angeblicher Kriegsverbrechen zu einer Haftstrafe verurteilt worden.

Tiefster Stand der Arbeitslosigkeit

Nürnberg (AP/DPA). Mit 320 919 Arbeitslosen hat die Bundesrepublik im Oktober den bisher tiefsten Stand der Er-

werbslosigkeit seit der Währungsreform erreicht.

Das erneute Absinken der Arbeitslosenzahl ist vor allem auf die gute Beschäftigung im Baugewerbe und die gute Auftragslage bei der Verbrauchsgüter- und der metallverarbeitenden Industrie zurückzuführen.

27,5 Mrd.-Etat

Bonn (AP). Das Bundeskabinett hat den neuen Haushaltsplan für das Jahr 1955/56 verabschiedet. Die Einnahmen und die Ausgaben betragen jeweils etwa 27,5 Mrd. DM. Damit ist gegenüber dem letzten Haushaltsjahr keine wesentliche Erhöhung eingetreten.

Das Kabinett hat beschlossen, die Mittel für den Wohnungsbau zugunsten der Sowjetzonen-Flüchtlinge zu erhöhen, damit die Lager rascher geräumt werden können.

Antwort an Sowjets Ende November

Keine Verhandlungen ohne freie Wahlen

London (AP). Der Westmächte-Ausschuß, der die westliche Antwort auf die letzte sowjetische Note ausarbeitet, hat beschlossen, die Antwortnote erst in der letzten Novemberwoche abzuschicken. Dieser Termin liegt nur drei Wochen vor der Debatte der französischen Nationalversammlung über die Pariser und Londoner Abkommen.

In der Antwortnote sollen die schon im September gestellten westlichen Bedingungen für neue Deutschlandverhandlungen mit der Sowjetunion wiederholt werden. Diese sind: vorherige sowjetische Einwilligung in freie gesamtdeutsche Wahlen und Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich.

Moskau-Einladung abgelehnt

Paris (AP). Der Vorsitzende der französischen Nationalversammlung, Le Troquer, hat zum zweitenmal eine sowjetische Einladung abgelehnt, eine

Delegation von Vertretern aller Parteien der Nationalversammlung in diesem Monat für einen Besuch in die Sowjetunion zu entsenden.

Le Troquer erklärte dem sowjetischen Botschafter, daß ein derartiger Besuch vor der für den 14. Dezember angesetzten Debatte über die Ratifizierung der Pariser Verträge von vielen Franzosen mißverstanden werden könnte. Der Besuch sei nicht vor Januar oder Februar möglich.

Farbenprächtiger Staatsempfang

Kaiser Haile Selassie in der Bundeshauptstadt

Bonn (Eigenbericht/AP/DPA). Mit großem Gefolge traf der Kaiser von Äthiopien, Haile Selassie I., am Montag in der Bundesrepublik ein. Es ist der erste Staatsbesuch eines regierenden Monarchen. Nie zuvor erlebte Bonn ein so farbenprächtiges diplomatisches Schauspiel.

Gefolgt von seinem Sohn, dem Herzog von Harrar, und seiner Enkelin, Prinzessin Sa-

rah, stieg der Negus aus seinem Sonderzug auf einen Rasen aus künstlichem Gras, der den Bahnsteig bedeckte. Flaggenschmuck, Lorbeerbäume und rote Teppiche hatten den Bahnhof in eine würdige Empfangshalle verwandelt. Die rot-gelbgrünen Fahnen Äthiopiens wehten von den Gebäuden der Stadt. Der Montag war mit den Besuchen und Gegenbesuchen angefüllt, die das strenge Hofzeremoniell in solchen Fällen vorsieht.

Von Bonn aus reiste Kaiser Haile Selassie am Dienstag nach Hamburg, um das Tropeninstitut zu besichtigen.

Seoul (DPA). Das südkoreanische Verteidigungsministerium gab jetzt den Bericht über eines der aufregendsten je verzeichneten Spionageabenteuer frei. Es ist die Geschichte eines südkoreanischen Piloten.

Nach dem Bericht ließ sich ein Nordkoreaner, der die Uniform eines südkoreanischen Offiziers trug, von dem Piloten von einem kleinen Feldflughafen wegbringen. In der Luft suchte der Nordkoreaner plötzlich den Piloten zum Flug nach Nordkorea zu bewegen, und als dieser ablehnte, ihn von hinten zu erwürgen. Der Pilot unternahm die wildesten Flugmanöver, und es gelang ihm schließlich, in einer plötzlichen Wendung den Nordkoreaner aus der offenen Maschine zu schütteln.

Das Ergebnis der Wahlen in den USA

Knapper Sieg der Demokraten

Washington (AP/DPA). Die Zwischenwahl in den USA hat den Demokraten eine knappe Mehrheit gebracht. Im Senat verfügt Eisenhowers Partei, die Republikaner, jetzt über 46 Sitze, wozu wahrscheinlich noch der Sitz des Staates New Jersey kommt, wo eine weitere Zählung erforderlich ist. Das endgültige Ergebnis würde dann lauten:

- 48 Demokraten,
- 47 Republikaner und
- 1 Unabhängiger.

Da der unabhängige Senator Morse mit den Demokraten stimmen will, können diese zumindest von Fall zu Fall die absolute Mehrheit zustande bringen. Sollte Morse mit den Republikanern stimmen, so würde bei der dann eintretenden Stimmengleichheit von 48:48 der republikanische Vizepräsident Nixon den Ausschlag geben.

Im Repräsentantenhaus verfügen die Republikaner über 203, die Demokraten über 232 Sitze.

Notenkrieg um US-Flugzeug

Washington (AP/DPA). Der Abschluß eines amerikanischen Aufklärungsflugzeuges zwischen Japan und den Kurilen am Sonntag hat zu einem amerikanisch-sowjetischen Notenwechsel geführt.

Die USA protestieren in ihrer Note gegen den Abschluß des Flugzeuges über japanischem Hoheitsgebiet durch zwei sowjetische Düsenjäger und fordern eine angemessene „moralische und materielle“ Entschädigung. In der sowjetischen Note wird behauptet, die amerikanische Maschine habe den sowjetischen Luftraum verletzt.

Rotchina zahlt Entschädigung

London (AP/DPA). Rotchina hat sich bereit erklärt, 357 000 Pfund Sterling (etwa 4,1 Mill. D-Mark) Entschädigung für den Abschluß des britischen Verkehrsflugzeuges am 23. Juli durch chinesische Jäger zu zahlen. Bei dem Abschluß waren zehn Personen ums Leben gekommen.

Von dem Geld sollen, wie die britische Regierung mitteilte, die von dem Zwischenfall Betroffenen und die Hinterbliebenen der Opfer entschädigt werden.

Ausgeschüttelt

Seoul (DPA). Das südkoreanische Verteidigungsministerium gab jetzt den Bericht über eines der aufregendsten je verzeichneten Spionageabenteuer frei. Es ist die Geschichte eines südkoreanischen Piloten.

Nach dem Bericht ließ sich ein Nordkoreaner, der die Uniform eines südkoreanischen Offiziers trug, von dem Piloten von einem kleinen Feldflughafen wegbringen. In der Luft suchte der Nordkoreaner plötzlich den Piloten zum Flug nach Nordkorea zu bewegen, und als dieser ablehnte, ihn von hinten zu erwürgen. Der Pilot unternahm die wildesten Flugmanöver, und es gelang ihm schließlich, in einer plötzlichen Wendung den Nordkoreaner aus der offenen Maschine zu schütteln.

Die Kaderschmiede in Meißen

Landwirtschaftliche Hochschule „neuen Typus“ — Politische Diplomlandwirte

Eine der interessantesten Schulgründungen des SED-Regimes befindet sich in Meißen. In der dortigen ehemaligen Fürstenschule ist die Kaderschmiede für die Vorsitzenden der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eingerichtet. Es gelang jetzt, einige sehr aufschlußreiche Einzelheiten aus der Praxis des internen Schulbetriebes zu erfahren. Die Institution nennt sich „Hochschule“ und soll völlig unvorgebildete Mitglieder von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in zwei Jahren zu Diplomlandwirten ausbilden.

Sie ist die einzige ihrer Art in der Sowjetzone und zunächst auch die einzige Hochschule „neuen Typus“ auf landwirtschaftlichem Gebiet.

Die Ausbildung erfolgt keineswegs von wissenschaftlich vorgebildeten Wirtschaftssachverständigen, sondern in erster Linie von politisch bewußten und fachlich ungenügenden Funktionären. Die Absolventen sollen die Motore der sogenannten sozialistischen Umgestaltung des Dorfes werden.

Die Nebenaufgabe, die sehr schnell zur Hauptaufgabe werden kann, ist die Unterhöhung der landwirtschaftlichen Fakultäten der Universitäten, da diese nach Ansicht des ZK der SED nur „reaktionäre“ junge Diplomlandwirte ausbilden.

80 Prozent SED-Mitglieder

Von den rund 170 Studenten des neuen Studienjahres sind 80 Prozent Mitglieder der SED und der Rest zuverlässige Kräfte der DDB.

Die ehemalige Fürstenschule kann neben den Vorlesungs- und Seminarräumen sowie den Labors etwa 300 Studenten voll internatsmäßig aufnehmen. Das Verlassen der Hochschule durch die Studenten ist tagsüber grundsätzlich nicht gestattet. Dadurch besteht die Möglichkeit der ständigen Überwachung und Beeinflussung der Kursusteilnehmer.

180 Mark Grundstipendium

Sämtliche Studenten müssen sich hundertprozentig der FDJ und der deutsch-sowjetischen Freundschaft anschließen.

Ein kleiner Teil der noch nicht ausgemerzten Studenten mittelbäuerlicher und kleinbäuerlicher Herkunft aus dem ersten Studienjahr steht unter dauernder Bewachung und soll noch im Laufe dieses Jahres wegen ihrer

„ungenügenden politischen Zuverlässigkeit“ entfernt werden.

Jeder Student erhält ein Grundstipendium von monatlich 180 Ostmark. Für Verheiratete mit Kindern gibt es einen Zuschlag. Nach der ersten Prüfung wird auf Grund besonderer Richtlinien zusätzlich ein Leistungsstipendium gewährt, wobei das Fachwissen an letzter Stelle steht.

Die Gesamtausbildung beträgt zwei Studienjahre mit je zehn Monaten. Ab 1. September 1955 wird das dreijährige Studium die Regel sein. Abgesehen vom Direktstudium an der Hochschule in Internatsform wird neuerdings auch ein Fernstudium eingerichtet. Dieses umfaßt insgesamt fünf Jahre, wozu noch ein weiteres Jahr Vorbereitungsstudium tritt.

Politische Gehaltsregelung

Entgegen sämtlichen Gepflogenheiten ist auch die Gehaltsregelung bei den Ausbildern nicht eine Funktion der fachlichen Leistung. Sie richtet sich vielmehr nach der politischen Haltung und Einsatzbereitschaft. So erhält z. B. der Direktor der Hochschule, Dr. Pfeiffer, der einzige Vollakademiker von 30 Dozenten, Assistenten usw.,

ein Gehalt von 1800 Ostmark monatlich, während der stellvertretende Direktor und zugleich Prorektor für Studentenangelegenheiten, Märzke, 1400 Ostmark bekommt. Und das, obgleich Märzke erst im Juni 1954 sein Examen als Diplomlandwirt an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften in Babelsberg abgelegt hat! Selbst der Oberassistent für Buchhaltung, Bratke, bekommt 900 Ostmark monatlich. Er besitzt weder eine wirtschaftlich-fachliche noch pädagogische Vorbildung. Sämtliche drei genannten Personen sind jedoch Mitglieder der zentralen Parteileitung der SED und haben enge Verbindungen zum ZK der SED.

Dagegen erhält ein vollakademisch ausgebildeter Diplomlandwirt mit relativ guter Praxis ein Gehalt von 675 Ostmark, das zugleich auch an 21jährige Assistenten ohne Universitätsausbildung gezahlt wird.

An Dozenten, Assistenten, einschließlich Direktor, sind an dieser Kaderschmiede in Meißen 30 Personen tätig. Von ihnen gehören 27 Dozenten der SED an, während drei Mitglieder der DDB sind. Die Absolventen jedoch werden bei ihren Prüfungen nach den Leistungen beurteilt, die sie in Gesellschaftswissenschaften und Agrarökonomie aufweisen können. Die fachlichen Gebiete stehen im Hintergrund. Sie werden sich zwar stolz „Diplomlandwirt“ nennen, von der Bevölkerung aber als SED-Funktionäre richtig erkannt werden.

Unglücksserie bei Potsdam

Berlin (DPA). Zu einer schweren Unglücksserie im Raum Potsdam ist es nach Mitteilung des Untersuchungsausschusses freihändlerischer Juristen gekommen.

In der Nähe des Bahnhofes Potsdam sei ein mit Westberliner Industrieurgütern beladener Güterexpres mit hoher Geschwindigkeit in eine haltende Rangierlokomotive hineingefahren. Beide Lokomotiven und 14 beladene Güterwagen sind, nach

übereinstimmenden Augenzeugenberichten, völlig zertrümmert worden. Der Sachschaden wird auf 1,2 Mill. DM geschätzt.

Ferner ist in der Nähe von Werder ein Güterzug entgleist, der auf dem Wege nach Charlottenburg war, um an den sogenannten Blauen Expres nach Moskau angehängt zu werden.

Ein dritter Güterzug, der ebenfalls an den Blauen Expres angehängt werden sollte, verunglückte bei Großkreuz.

Die große November-Freundschaft

Nicht verkaufte Plaketten und „kleine Gegengaben“

Wenn man weiß, daß sich die „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ über ihren diesjährigen „Freundschaftsmonat“ keine Illusionen machte, dann spricht ihre jetzt offenkundige Enttäuschung Bände. Nur in jedem zehnten Betrieb ist es der „Gesellschaft“ überhaupt möglich gewesen, bis zum 3. November wenigstens formell eine Betriebsgruppe ins Leben zu rufen. Von insgesamt 14 Millionen gestanzten „Freundschaftsplaketten“ sind bis heute noch keine drei Millionen verkauft, trotz „dringenden Angebots“ in Schulen und Betrieben.

Es ist schon eine eigene Sache mit den gekünstelten deutsch-sowjetischen Verbrüderungsversuchen, die jetzt überall vonstatten gehen. Die Frauen von Besatzungsoffizieren gehen in die Webereien und Textilfabriken und suchen mit den Arbeiterinnen ins Gespräch zu kommen. Meist scheitert der Kontakt schon daran, daß es sich diese Sowjetfrauen nicht verknäuen können, zu sagen: „Oh, bei uns wird aber viel schneller gearbeitet. Ihr müßt sowjetische Neuerermethoden anwenden!“

Achtzehnjährige Sowjetsoldaten und Komsomolen lassen sich zu einem Schau-Tänzchen mit FDJlerinnen herbei und die Kinder der Besatzungsgrößen kommen in die Schulen, um vom „heldenhaften Kampf der Sowjetjugend während des Großen Vaterländischen Krieges“

zu erzählen. Die deutschen „Freunde“ merken recht gut, daß es eine „November-Freundschaft“ ist.

Anders mit den „Freundschaftsgeschenken“, die man gegenseitig auszutauschen im Begriffe ist. Den Anfang machten die Sowjets: Sie schenkten der Belegschaft der LOWA-Waggonwerke eine schöne bunte Sowjetfahne. Worauf die Parteileitung der LOWA sich nicht lumpen ließ und den Freunden einen ganzen D-Zug mit Innenkomfort vermachte. Zeiß-Jena erhielt von einer Komsomolgruppe der Sowjetarmee ein Stalinbild. Dafür erhält die Komsomol-Gruppe eine kostbare

optische Einrichtung für die Lenin-Universität. In Riesa hätte die Parteileitung am liebsten für eine sowjetische Keramikstatue eine halbe Watzstraße nach Moskau geliefert. Aber das ging denn doch zu weit, so daß die kleine Gegengabe unterblieb.

Lediglich die SED hat diesmal schnell geschaltet: Angesichts der offenkundigen Ablehnung solcher Freundschaftsmonate ließ sie die Flüsterparole verbreiten, man begehe dieses Jahr den Monat der deutsch-sowjetischen Freundschaft absichtlich in kleinem Rahmen, um sich mehr den Produktionsverpflichtungen zu widmen. Eine Niederlage ist nur eine halbe Niederlage, sagt Lenin, wenn man für sie ein Argument besitzt. —

Budapest blamierte Ostberlin

Gelächter auf der Modenschau der Ostblockstaaten

Echte Heiterkeit erregten auf der ost-internationalen Modekonferenz, die kürzlich in Budapest abgehalten wurde, die Modelle des Ostberliner „Instituts für Bekleidungskultur“. Unter den gewiß nicht erschütternden Modeneuheiten lag die sowjetzonal Produktion in der Wertung noch hinter Albanien. Auf der anschließenden Verkäufermesse trat die Zonendelegation vorsichtshalber kaum noch in Erscheinung. Eine Budapester Zeitschrift brachte in Verkennung der Sachlage ein für besonders chic gehaltenes Complet der Ostberliner als — Arbeitsanzug.

Der Modekonferenz war eine

kleine Palastrevolution im „Institut für Bekleidungskultur“ vorausgegangen. Eine Modeschöpfergruppe hatte — wie „DER TAG“ bereits früher berichtete — kurzerhand Westberliner Modelle nachgeahmt und zur Freude der Ostberliner in einer illustrierten als kommende Mode angekündigt. Die Modelle waren zunächst für Budapest vorgesehen. Die Leitung des Instituts dagegen schlug einen Riesenalarm, sprach von amerikanischer Unkultur und verdammt die Plagiatoren in Grund und Boden. „Vielleicht sollen wir noch diese Amimode nach Budapest exportieren?“ schrieb die Leitung ertrüftet an das zuständige Ministerium.

Inzwischen hat Budapest die Genossen ein klein wenig ernüchert. Was da nämlich angeboten und gezeigt wurde, war nichts anderes als eine Nachahmung jener „amerikanischen Unkultur“. Einzig die Ostberliner standen mit ihren streng volksdemokratischen Modeschöpfungen da. Besonders die Mäntel wollten den bestimmt nicht verwöhnten Budapestern durchaus nicht gefallen. Später soll, so wird berichtet, ein bekannter Budapestener Modefunktionär beim Festessen den Ostberliner Leitern des „Instituts für Bekleidungskultur“ gesagt haben: „Ich verstehe euch nicht, ihr habt das doch viel näher zum Westen als wir...“

Militärgerichte für die Volkspolizei

Berlin (Eigenbericht). Beim Stab der Kasernierten Volkspolizei ist in aller Stille während der letzten 18 Monate eine Art oberstes Militärgericht gebildet worden. Es heißt offiziell „Untersuchungsbüro“ und untersteht der Politverwaltung.

Seit Anfang 1954 fällt dieses Gericht Urteile über Angehörige der KVP, die sich politische oder kriminelle Vergehen zuschulden kommen ließen, über die man auf keinen Fall vor den Zivilgerichten verhandeln will. Die Anklage lautet meist auf „unmoralischen Lebenswandel“ und „Schädigung des An-

sehens der Kasernierten Volkspolizei“. Leiter des „Untersuchungsbüros“ ist ein KVP-Oberst und ehemaliger Volksstaatsanwalt.

Man zweifelt nicht daran, daß dieses Büro eines Tages offiziell zum obersten Militärgericht der Zone erklärt werden wird. Auch ein Militärstrafgesetz ist bereits ausgearbeitet. Es sieht härtere Strafen vor als das Zivilrecht. Wie weiter bekannt wird, läuft an der Militärakademie in Dresden zur Zeit ein Militärrichter-Lehrgang, dessen Teilnehmer meist Politoffiziere der KVP sind.

„Amateure“ nach Moskauer Muster

Staatssportler nun auch in der Sowjetzone

Berlin (Eigenbericht). In der internationalen Sportwelt ist schon häufig die Frage der Amateureigenschaft der Spitzensportler der Sowjetunion sowie ihrer Satellitenstaaten diskutiert worden. Besonders nach der letzten Olympiade stand sie im Brennpunkt der Erörterungen.

Es hat sich schließlich der Begriff des „Staatssportlers“ entwickelt, infolge der großen materiellen Förderung, die nicht der Sport in seiner Allgemeinheit, sondern besonders die Spitzensportler in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang genießen.

Eine solche Züchtung von „Nur-Sportlern“ soll zu internationalen Propagandaerfolgen verhelfen, um eine „Überlegenheit des bolschewistischen Systems“ zu „dokumentieren“.

In der Sowjetzone wird durch das staatliche Komitee für Körperkultur und Sport der „DDR“ auf Veranlassung des ZK der SED ein ähnlicher Sportlertyp vorbereitet. Die Spitzensportler aller Sportarten sollen aus den einzelnen Sportgemeinschaften der Betriebe herausgenommen und zur weiteren Ausbildung zusammengefaßt werden. So

sollen z. B. die Sportler aller Sparten der Sportvereinigungen „Chemie“ nach Leuna kommen.

Die ausgewählten Sportler gehen in den Sammelorten jeweils ein Scheinarbeitsverhältnis mit dem volkseigenen Großbetrieb ein. Sie sind praktisch „Staatssportler“, offiziell jedoch Amateure, da sie ein Arbeitsverhältnis nachweisen können.

Insgesamt ist in der „DDR“ die Bildung von 17 solcher Zentralen vorgesehen, die u. a. in Erfurt, Berlin, Leipzig, Riesa, Senftenberg, Weißenfels, Leuna und Jena errichtet werden sollen.

Über 25 % im Staatsbesitz

Berlin (DPA). Die Agrarpolitik der Sowjetzonenregierung stehe mit dem ursprünglichen Ziel der Bodenreform, kleinere Wirtschaften zu schaffen, kaum noch in Einklang. Dies stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Westberlin fest.

Über 25 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der Sowjetzone befinde sich jetzt schon in mehr oder weniger öffentlichem Besitz. Die Großflächenwirtschaft der Vorkriegszeit sei damit fast wieder erreicht. Allerdings handele es sich nicht mehr um Privatbetriebe, sondern um Großbetriebe in Form von Kolchos-Wirtschaften.

Nach dem Parteitag verhaftet

Berlin (Eigenmeldung). Der der Ost-CDU angehörende Stadtrat von Brand-Erbisdorf (Bez. Chemnitz), Joachim Kühn, wurde Ende September, wie erst jetzt bekannt wird, vom SSD verhaftet. Kühn nahm am Parteitag in Weimar teil und wurde auf Grund seines Diskussionsbeitrages als „Boykott-hetzer“, Diversant und Schädling der „DDR“ bezeichnet.

Der Nuschke-Parteitag war, wie gemeldet, von der SED fi-

nanziert worden. Alle Diskussionsbeiträge mußten zuvor zur Zensur eingereicht werden. Um so bezeichnender ist diese Verhaftung nach dem Parteitag. Entweder erfolgte sie, weil der Zensor etwas übersehen hatte, oder weil einige nicht im Manuskript verzeichnete Sätze gesprochen wurden.

Verbesserungen im Zugverkehr

Berlin (DPA). Vertreter der Bundesbahn und der Sowjetzonen-Eisenbahn haben auf einer Tagung in Leipzig vom 26. bis 29. Oktober einige Verbesserungen im Interzonen-Eisenbahnverkehr vereinbart. Auf der Strecke Köln—Leipzig über Obisfelde sollen künftig zwei Entlastungszüge verkehren. Bisher war nur einer eingesetzt.

Die Zahl der Interzonenzüge und Entlastungszüge auf den übrigen Strecken bleibt die gleiche.

Rüge für die FDJ

Berlin (Eigenmeldung). Die FDJ-Leitung hat nach Abschluß der „Volkswahlen“ vom ZK der SED eine scharfe Rüge erhalten. Ihr wird mangelnder Einsatz bei den Wahlvorbereitungen der FDJ vorgeworfen. Der Bevölkerung hat die Aktivität der FDJ bei der „Volkswahl“ allerdings mehr als genügt.

Wenn Pankow etwas verspricht . . .

Zuchtthaus für zurückgekehrten Flüchtling

Berlin (Eigenmeldung). Der Bauer Edmund Leupold floh Anfang 1953 aus dem Kreis Görzitz in die Bundesrepublik. Er glaubte dann, sich auf Grotewohls Versprechen verlassen zu können, wonach zurückkehrende Bauern nicht bestraft, sondern gern wieder aufgenommen würden. Im März 1954 kehrte er deshalb in seine Heimat zurück. Sein Besitz war inzwischen in eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft einbezogen worden.

Statt sein Eigentum zurückzuerhalten, wurde Leupold verhaftet und jetzt vom Bezirksgericht Dresden zu fünf Jahren Zuchtthaus verurteilt. Man legte ihm zur Last, daß er vor seiner Flucht einen Teil seines persönlichen Eigentums verkauft und

den Erlös in Berlin in Westgeld umgetauscht habe.

Wenn Pankow seine Versprechen brechen will, findet es immer Gründe . . .

HO verkaufte Abfall

Zwickau (Eigenmeldung). In Zwickau haben die HO-Geschäfte kürzlich „hochwassergeschädigte“ Ware zu etwas herabgesetzten Preisen angeboten. Dasselbe konnte in Greiz und in Chemnitz beobachtet werden. Bei diesen Waren handelte es sich um mehr oder weniger stark schimmelnde Lederwaren, verrostete Fotoapparate und andere optische Geräte, stark lädierte Möbel und verschmutzte Textilien. Das Angebot solcher Waren war in Zwickau besonders stark.

Alpenvorland wird Großtankstelle

„Ölfrühling“ südlich des Mains — Erfolgreiche Bohrungen

Südlich des Mains hat der „Ölfrühling“ seinen Einzug gehalten. In Hessen und Bayern sprudelt das flüssige Gold — wenn auch noch etwas zaghaft — an die Erdoberfläche. Geologen wandern durch die Landschaft und forschen mit modernen Meßgeräten nach den unterirdischen Schätzen. Die Funde sind um so wichtiger, als die westdeutschen Erdölvorkommen nur noch für siebzehn Jahre reichen.

Denn die Erdölförderung hat sich seit 1930 verzehnfacht. Obwohl die einheimische Erdölförderung nur vierzig Prozent des Bedarfs zu decken vermag, steht die Bundesrepublik nach Rumänien und Österreich in Europa bereits an dritter Stelle der Erdölproduzenten.

Nach den erfolgreichen Bohrungen der letzten Jahre in

Rothenburg sehen die deutschen Ölgesellschaften den Tiefbohrungen mit einiger Hoffnung entgegen — trotz der hohen Kosten. Denn man findet nicht immer gleich einen unterirdischen Ölsee, den man nur abzupapfen braucht. Eine

einzige Bohrung in eine Tiefe von zweitausend Meter kostet 300 000 DM.

Das Land Hessen meldete sich als Erdöllieferant gewissermaßen mit einem Faulenschlag. Im August 1951 brach bei dem Dorf Wolfskehlen hochprozentiges Methangas mit gewaltigem Donnern und einer hellen Stichflamme aus dem Boden. Wo Methangas vorhanden ist, da kann das Öl nicht weit sein, sagten sich die Geologen und trieben ihre Vidia-Stahlbohrer in das Gestein des Rheintalgrabens. Bei Stockstadt fließen heute sechs recht muntere Ölquellen.

Der modernste Flughafen

Nah bei Nürnberg — Eröffnung 1955

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

Nürnberg will im Frühjahr 1955 den modernsten Zivillughafen in der Bundesrepublik eröffnen. Sieben Kilometer nördlich der Stadt baut zur Zeit die Nürnberger Flughafen G.m.b.H., an der die Bundesregierung mit 30 Prozent und das Land Bayern sowie die Stadt Nürnberg mit je 35 Prozent des Kapitalaufkommens beteiligt sind. Der neue Flughafen, dessen Baukosten auf 10 Mill. DM angesetzt sind, soll am 1. März 1955 eröffnet werden.

des modernen Großluftverkehrs genügen sollen. Beim Einsatz von Düsen-Großflugzeugen im Zivilluftverkehr kann die Startbahn auf eine Gesamtlänge von 3000 Metern vergrößert werden.

Zwei Deutsche Nobelpreisträger

Die schwedische Akademie der Wissenschaften hat den diesjährigen Nobelpreis für Physik zu gleichen Teilen an die beiden deutschen Professoren Dr. Max Born und Dr. Walther Bothe verliehen.

Schleswig-Holstein, im Emsland und in der Umgebung von Hannover gilt nun das Alpenvorland als die zukünftige „Großtankstelle“ der Bundesrepublik. Bei Ampfing, 80 Kilometer östlich von München, schoß erst kürzlich ein Ölstrahl aus 1788 Meter Tiefe mit einem Druck von 130 Atmosphären in die Höhe. Monatlang hatten die Bohrungen nur Salzwasser und Erdgas erschlossen. Heute liefert die neue Quelle bereits täglich sechzig Tonnen Erdöl, so daß man schon die Anlage einer Raffinerie erwogen hat. Denn die Geologen sind sich darin einig, daß zwischen dem porösen Sandsteinlager aus der Tertiärzeit noch weitere Erdöllager schlummern.

Auch im fränkischen Raum zwischen Weimersheim — Spalt — Heilbronn — Ansbach und

Der Flughafen, der von der Stadtmitte aus bequem in zehn Minuten mit dem Kraftwagen erreicht werden kann, wird das bisher benutzte Flugfeld in Fürth ablösen, das nach dem Krieg provisorisch für den zivilen Flugdienst eingerichtet wurde.

Auf dem 175 Hektar großen Gelände des neuen Hafens werden eine 1900 Meter lange Startbahn und drei Zurröllbahnen mit einer Gesamtlänge von 2240 m gebaut, die den Anforderungen

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920331. Druck: W. Büxenstein, GmbH.